



Nr. 17 - Mainz, 19.9.2008

Erhöhung der Wegstreckenentschädigung

Muscheid: Erfolg für den DGB / Richtige Entscheidung für den öffentlichen Dienst

Die Landesregierung habe auf die Erhöhung der Benzinpreise reagiert und sei damit den Argumenten des DGB gefolgt, erklärte der rheinland-pfälzische DGB-Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, in Mainz zum Beschluss der Landesregierung, die Wegstreckenentschädigung von 30 auf 35 Cent pro Kilometer zu erhöhen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte wiederholt gefordert, die Kilometerentschädigung für die Beamtinnen und Beamten, die ihren privaten PKW für dienstliche Fahrten zur Verfügung stellen, wegen der steigenden Benzinpreise zu erhöhen.

Muscheid: „Die vorgesehene Erhöhung ist ein Signal, dass die Landesregierung die Probleme der Beschäftigten ernst nimmt. Gleichzeitig ist sie Beleg dafür, dass es sich lohnt, am Ball zu bleiben.“

Für den Polizeibereich begrüßte Helmut Knerr, der stellvertretende GdP-Vorsitzende, die geplante Neuregelung: „Es gibt viele Fälle, in denen Polizeibeschäftigte von ihrem Dienstherrn angehalten sind, für dienstliche Fahrten den Privatwagen einzusetzen. Die Erhöhung der Entschädigungssätze ist angesichts der enorm gestiegenen Kosten angebracht und überfällig.“

Die rechtliche Neuregelung der Wegstreckenentschädigung geht jetzt ins parlamentarische Verfahren und soll zum Jahresbeginn 2009 in Kraft gesetzt werden.